

KURZ GEMELDET

EU beschließt Einsatz

Brüssel – Die Außenminister der EU-Staaten haben den Start des Militäreinsatzes zur Sicherung der Handelsschiffahrt im Nahen Osten beschlossen. Der Plan für die Operation „Aspides“ sieht vor, europäische Kriegsschiffe ins Rote Meer und benachbarte Seegebiete zu schicken. Diese sollen Handelsschiffe vor Angriffen der islamistischen Huthi aus dem Jemen schützen. Die Miliz will mit dem Beschuss ein Ende der israelischen Angriffe im Gazastreifen erzwingen, die auf das Massaker der Hamas in Israel folgten. Deutschland will sich an dem Einsatz mit der Fregatte *Hessen* beteiligen. Das Kriegsschiff mit etwa 240 Soldatinnen und Soldaten am Bord war bereits am 8. Februar von Wilhelmshaven aus auf den Weg ins Mittelmeer geschickt worden. **DPA** ➤ *Seite 4*

Geldauflage für General

Tübingen – Im Prozess um eine Munitionsaffäre hat das Landgericht Tübingen das Verfahren gegen einen früheren Kommandeur des Kommandos Spezialkräfte (KSK) gegen eine Geldauflage eingestellt. Das teilte die zuständige Kammer am Montag mit. Zuvor hatten Staatsanwaltschaft und Verteidigung einen Vorschlag des Gerichts angenommen, den Prozess gegen Zahlung von 8000 Euro für einen gemeinnützigen Zweck zu beenden. Die Staatsanwaltschaft hatte Brigadegeneral Markus Kreitmayr unterlassene Mitwirkung bei Strafverfahren nach Paragraf 40 des Wehrstrafgesetzes vorgeworfen. Hintergrund der Munitionsaffäre beim KSK in Calw war laut Staatsanwaltschaft, dass bei der jährlichen Munitionsinventur für 2019 erhebliche Fehlbestände entdeckt worden waren. Tausende Schuss fehlten. Kreitmayr habe daraufhin entschieden, dass die Soldaten straffrei und anonym Munition zurückgeben konnten. Durch die Einstellung gilt er nun weiter als nicht schuldig. **DPA**

Gedenken an Opfer in Hanau

Hanau – Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) hat am vierten Jahrestag des rassistischen Anschlags in Hanau zum entschlossenen Kampf gegen Rechtsextremismus aufgerufen. Da es wieder Fantasien von Extremisten gebe, Menschen nur wegen ihrer Herkunft aus Deutschland wegzubringen, sei es umso wichtiger, sich dem entgegenzusetzen, sagte Faeser am Montag in Hanau. Stattdessen müsse man sich vor die Angehörigen der Opfer zu stellen und



ihnen sagen: „Wir stehen an eurer Seite.“ „Niemand soll sich in Deutschland so fühlen müssen, dass er darüber nachdenkt, dieses Land zu verlassen“, sagte sie nach der Gedenkveranstaltung für die Opfer des Anschlags. Faeser hatte zuvor mit Vertretern der hessischen Landesregierung und der Stadt Hanau auf dem Hauptfriedhof der Stadt bei einem stillen Gedenken die Opfer mit Kränzen geehrt (Foto: DPA). In Hanau hatte am 19. Februar 2020 ein 43-jähriger Deutscher neun Menschen aus rassistischen Motiven erschossen. **DPA**

Hungerstreik begonnen

Tunis – In Tunesien ist der inhaftierte Oppositionsführer Rached Ghannouchi am Montag in einen Hungerstreik getreten. Der 82-Jährige wollte damit die Freilassung mehrerer Oppositioneller erreichen, teilten seine Anwälte mit. Ghannouchi, Vorsitzender der größten Oppositionspartei Ennahda und Kritiker von Präsident Kais Saied, wurde Anfang Februar zu einer dreijährigen Haftstrafe wegen Annahme von Geldern fremden Ursprungs verurteilt. Zudem wird ihm eine Verschwörung gegen die nationale Sicherheit vorgeworfen. Ghannouchi rufe alle Tunesier auf, an demokratischen Tugenden festzuhalten, erklärten seine Anwälte. Es gehe um die Grundlagen der Freiheit und eine unabhängige Justiz. **REUTERS**

Selenskij besucht die Front

Kupjansk – Nach seiner Rückkehr von der Münchner Sicherheitskonferenz ist der ukrainische Präsident Wolodimir Selenskij an die Front in der Ostukraine gereist. „Ich bin froh, heute hier zu sein und Euch zu sehen“, sagte er laut einer Mitteilung am Montag bei einer Ordensverleihung an Soldaten. Selenskij besuchte demnach einen Kommandopunkt bei Kupjansk im Gebiet Charkiw. Am Abend nannte er in seiner Videoansprache die Lage dort „äußerst schwierig“. Probleme gebe es an Abschnitten, wo die Russen die größten Reserven konzentriert hätten. „Sie nutzen Verzögerungen bei der Hilfe für die Ukraine aus.“ Luftwaffenchef Mykola Oleschtschuk sprach von zwei abgeschossenen russischen Kampfflugzeugen, damit hätte die russische Luftwaffe Kiew zufolge in drei Tagen fünf Kampfjets verloren. Bestätigungen von russischer Seite lagen nicht vor. **DPA**

© Digital: Alle Rechte vorbehalten – Süddeutsche Zeitung GmbH, München
Jegliche Veröffentlichung und nicht-private Nutzung exklusiv über www.sz-content.de



„Mit großer Sympathie, mit viel Unterstützung“ wolle die CDU ihre Bewerbung als EVP-Spitzenkandidatin bei der Europawahl begleiten, kündigt Parteichef Friedrich Merz an: Ursula von der Leyen, hier am Montag in Berlin, will erneut Präsidentin der Europäischen Kommission werden. FOTO: MARKUS SCHREIBER / AP/DPA

Spät, aber einstimmig

Die CDU nominiert Ursula von der Leyen als EVP-Spitzenkandidatin für die Europawahl. Sie hat sich viel Zeit gelassen, ihre Bereitschaft zu erklären. Nun kann auch Parteichef Friedrich Merz nicht umhin, sie zu loben.

Von Henrike Roßbach und Robert Roßmann

Berlin – Ursula von der Leyen hat ihre Partei lange warten lassen, aber jetzt ist sie da. Sieben Minuten zu spät, dafür begleitet vom Applaus der Mitarbeiter oben auf den Rängen des Konrad-Adenauer-Hauses, tritt sie am Montagmittag auf die Bühne im Foyer. Die neuen Balken des CDU-Logos tragen heute EU-Blau mit Sternchen, von der Leyen trägt ihr schönsten Fernsehlächeln im Gesicht – und dafür hat sie auch allen Grund.

Denn CDU-Chef Friedrich Merz, der neben der EU-Kommissionspräsidentin aufgestellt genommen hat, beginnt jetzt damit, viele sehr freundliche Worte über von der Leyen zu verlieren. Sehr dankbar seien sie in der CDU für die Arbeit, die sie in den vergangenen fünf Jahren in Brüssel geleistet habe, sagt Merz. Es seien ja sehr herausfordernde Zeiten gewesen, von der Pandemie über die Rezession bis zum Ukraine-Krieg. Dass Europa da zusammengeblieben sei, sei auch das große Verdienst von ihr als Kommissionschefin.

Und dann sagt er, dass sie von der Leyen heute im Bundesvorstand einstimmig als Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP) vorgeschlagen hätten und ihre Kandidatur für eine zweite Amts-

zeit „mit großer Sympathie, mit viel Unterstützung“ begleiten würden. Sie seien zuversichtlich, dass es ihr gelingen werde, auch eine Europäische Union unter völlig veränderten Vorzeichen „in die Zukunft zu führen“.

Wenn man weiß, wie weit Merz und von der Leyen in vielen politischen Fragen auseinanderliegen, dann ahnt man, dass dieser Auftritt für den CDU-Chef ein mindestens ambivalenter gewesen sein muss. Zusätzlich hatte es in der Partei in den vergangenen Monaten Gegrummel gegeben, weil von der Leyen den Zeitpunkt ihrer Nominierung durch CDU immer weiter hinausgeschoben hat.

Sie verspricht, die Bürokratie einzudämmen. Das hört ihre Partei gern

Merz hatte nämlich schon vor einem Jahr gesagt, falls von der Leyen als Spitzenkandidatin der EVP antreten wolle, werde sie sicher die Unterstützung ihrer Partei bekommen. Es fehlte also nur noch eine Erklärung von der Leyens – aber genau damit ließ sie sich Zeit. Jetzt aber musste sie Farbe bekennen, denn um Spitzenkandidatin der EVP werden zu können, muss sie von einer der EVP-Mitgliedsparteien vor-

geschlagen werden – und das spätestens diese Woche.

In ihrem Lager rechtfertigte man das lange Zögern damit, dass der Spitzenkandidatin einer Parteienfamilie schnell Parteilichkeit vorgeworfen werden könnte. Durch eine späte Erklärung der Kandidatur halte man das Amt aus dem Europawahlkampf heraus. Für von der Leyen aber dürfte noch etwas anderes eine Rolle gespielt haben: Je später sie sich entschied, desto genauer konnte sie ihre Chancen einschätzen.

Offenbar ist sie sich jetzt sicher genug, nach der Europawahl von einer ausreichenden Zahl an EU-Staats- und Regierungschefs für eine zweite Amtszeit vorgeschlagen zu werden. Außerdem zeichnet sich ab, dass die EVP im nächsten EU-Parlament abermals die größte Fraktion stellen wird. Das Risiko, doch noch zu scheitern, ist für von der Leyen inzwischen also ziemlich klein. Weshalb sie jetzt, offiziell nominiert von ihrer Partei, neben Merz steht und aussieht, als sei sie ganz bei sich.

Doch auch von der Leyen weiß, dass in der Union und ihrer Anhängerschaft ihr Wirken als Kommissionspräsidentin keineswegs nur auf Begeisterung stößt. Insbesondere der klimapolitische Kurs der EU und neu hinzugekommene Bürokratielasten missfallen dem wirtschaftspolitischen

Flügel der Partei und den traditionellen Unionswählern aus Mittelstand, Handwerk und Landwirtschaft.

Am Montag sagt sie deshalb, in Europa müssten zwar „über allem“ die Demokratie stehen und „unsere Werte“. Gleichzeitig aber macht sie deutlich, dass für sie in den kommenden Jahren die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Zentrum stehen solle, dass die Bürokratie schlank gehalten werden müsse, dass man mit Industrie und Landwirtschaft sprechen müsse, was sie bräuchten, um die Klimaziele zu erreichen. Die Bürokratie habe sie im Bundesvorstand heute selbst „aktiv“ angesprochen. „Wir müssen die bürokratischen Lasten für die Wirtschaft reduzieren.“ Sie sei für die EU-Ebene verantwortlich, weshalb sie auch angekündigt habe, die Berichtspflichten für die Unternehmen um 25 Prozent zu kappen.

Zur offiziellen EVP-Kandidatin soll von der Leyen Anfang März in Bukarest gekürt werden. Ihre Wahl auf dem EVP-Kongress gilt als sicher. Diesmal wird von der Leyen also bereits vor der Wahl als Kandidatin feststehen. Vor fünf Jahren war das anders: Damals hatte sie niemand auf dem Zettel. Von der Leyen war erst ins Spiel gekommen, als der damalige EVP-Spitzenkandidat Manfred Weber (CSU) nach der Wahl von mehreren Staats- und Regierungschefs verhindert wurde. ➤ *Seite 4*

Marine Le Pens Trumpf

Er leitete Frontex und ließ Pushbacks zu: Nun kandidiert Fabrice Leggeri bei den Europawahlen für die extreme Rechte Frankreichs. Das ist für beide Seiten denkwürdig – folgt aber einer inneren Logik.

Paris – Frankreichs extreme Rechte feiert einen weiteren Triumph, eine politische Beute. Fabrice Leggeri, 55 Jahre alt, ein hoher Funktionär der Republik, ausgebildet an den Eliteschulen, von 2015 bis 2022 Direktor der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex), tritt bei den Europawahlen im kommenden Juni für den Rassemblement National von Marine Le Pen an. In der gesamten Geschichte der Partei, die früher Front National hieß und lange von Marines Vater Jean-Marie Le Pen geführt wurde, war es den Randständigen der französischen Politik nicht gelungen, ein solches Profil für sich zu gewinnen: einen Vertreter der administrativen Elite des Landes. Die verschieben früher zwar immer. Für die nun angestrebte Normalisierung der Partei aber braucht man auch sie.

Leggeri schimpft über „die Eurokraten“ – dabei war er lange selbst einer

Leggeri ist nun gar die Nummer drei auf der Wahlliste. Zieht man alle aktuellen Umfragen heran, ist seine Wahl damit sicher: Die Lepenisten werden auf dreißig Prozent geschätzt, weit vor Renaissance, der Partei von Präsident Emmanuel Macron. Leggeri, so hört man, hat offenbar parallel auch mit den bürgerlichen, in Migrationsfragen aber ähnlich radikalen Républicains verhandelt. Doch da war die Gewinnchance viel kleiner. Und überhaupt, findet man in Frankreich, folgt der Quereinstieg des stets kontroversen früheren Chefs von Frontex bei der extremen Rechten einer gewissen Kohärenz, einer inneren Logik.

Er redet auch wie sie. „Wir sind entschlossen“, sagte Leggeri in einem Interview in der ebenfalls rechten Sonntagszeitung *Journal du Dimanche*, „die Überflutung mit Migranten zu bekämpfen – die Europäische Kommission und die Eurokraten halten sie nicht für ein Problem, eher für ein Projekt.“ Er blendet dabei etwas

schnell aus, dass er selbst ein „Eurokrat“ war. Frontex mit Sitz in Warschau ist eine große Behörde, und in Leggeris Amtszeit wurde sie immer größer: Ihr Budget wurde versechsfacht, bis 2027 soll die Agentur 10 000 Beamte zählen. Aber Leggeri ist jetzt Politiker.

Man wird in den kommenden Wochen also viel über Immigration reden in Frankreich, zwangsläufig – und vielleicht auch etwas eingehender über Leggeris Vita und seine Bilanz bei Frontex.

Der Elsässer kam in Mülhausen zur Welt, studierte Geschichte an der renommierten École normale supérieure, absolvierte dann die École nationale d’administration, Frankreichs Schmiede für die angehende Verwaltungsspitze des Landes, und arbeitete danach vor allem in eher unscheinbaren Chargen im Innenministerium. Seine Beförderung in Europa vor neun Jahren verdankte er den Sozialisten und

François Hollande, der damals französischer Präsident war. Es waren intensive erste Jahre, aus Syrien kamen Hunderttausende Flüchtlinge nach Europa.

Die Kandidatur zeige, „dass wir immer recht hatten“, sagt Le Pen

Mit der Zeit geriet Leggeri immer wieder in die Schlagzeilen. Es wurde ihm vorgeworfen, er zentralisiere die Entscheidungsmacht bei Frontex, behandle das Personal nicht so, wie sich das gehöre, respektiere das interne Reglement der Agentur nicht. So weigerte er sich etwa, vierzig Leute zu rekrutieren, die für die Einhaltung der Grundrechte im Umgang mit Migranten hätten eingestellt werden sollen. Und bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ging er offenbar nicht immer transparent vor.



„Wir sind entschlossen, die Überflutung mit Migranten zu bekämpfen“, sagt Fabrice Leggeri – und kündigt dabei wie seine neue Partei. FOTO: KACPER PEMPEL / REUTERS

Ein Brandbrief aus Rom

Der Vatikan und die deutschen Bischöfe streiten über den Reformprozess.

München – Nach Jahren der Selbstbeschäftigung wollten sich die deutschen katholischen Bischöfe bei ihrer Frühjahrsvollversammlung in Augsburg endlich vertieft mit gesellschaftlichen Fragen befassen: dem Zustand der Demokratie und den anstehenden Wahlen in Ostdeutschland, beispielsweise. Oder mit der Friedensethik, angesichts des zwei Jahre währenden russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Doch den Vatikan treibt ein ganz anderes Thema um, nämlich der deutsche Kirchenreform-Prozess. Bereits im vergangenen November hatte sich in Essen der sogenannte Synodale Ausschuss konstituiert, ein Gremium von Bischöfen und Laien, das aus der vierjährigen Reformdebatte hervorgegangen war und das wiederum ein auf Dauer angelegtes Beratungsgremium erarbeiten soll. Auf der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe in Augsburg sollte über die Satzung des Ausschusses abgestimmt werden.

„Wir könnten schon viel weiter sein“, sagt Bätzing

Doch diese Abstimmung hatte Rom am Wochenende per brieflichem „Basta!“ verboten. Ein Synodaler Ausschuss sei vom geltenden Kirchenrecht nicht vorgesehen und daher wäre ein diesbezüglicher Beschluss der Deutschen Bischofskonferenz ungültig, schreiben die Unterzeichner, der Chef der römischen Glaubensbehörde, der Chef der Bischofsbehörde und der Kardinalstaatssekretär. Der Papst unterstütze das Schreiben ausdrücklich. Also ließ Georg Bätzing, der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, den Tagesordnungspunkt streichen.

„Im Respekt vor den römischen Verantwortlichen“ habe er der Bitte entsprochen, sagte Bätzing am Montag in Augsburg. „Wir werden die Zeit jetzt nutzen, um über die Einwände zu diskutieren.“ Er sei aber verwundert über den Zeitpunkt unmittelbar vor der Vollversammlung. „Ich muss sagen, dass wir teilweise monatelang bis ein halbes Jahr auf die Festlegung von Terminen warten“, sagte Bätzing. „Ich sage das hier ehrlich: Wir könnten schon viel weiter sein, die Gespräche könnten längst geführt sein, und für die Verzögerung liegt die Verantwortung klar auf der Seite Roms.“

Die Hauptspitze des Vatikans sei die Autorität des Bischofsamts, so Bätzing, doch: „Diese Autorität ist angezählt durch den Missbrauch. Das betrifft auch die Autorität des Papstes.“ Deshalb müsse sie auf einen neuen Boden gestellt werden, deshalb seien Reformen wichtig. Dass sexueller Missbrauch, „systemische Gründe“ habe, sei „in der Weltkirche noch ein Lernprozess“, sagte die Generalsekretärin der Deutschen Bischofskonferenz, Beate Gilles.



Im Zentrum der Debatte steht der Synodale Ausschuss, ein Gremium von Bischöfen und Laien. FOTO: DPA

Irritiert über den Brief äußerte sich auch die Präsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Irme Stetter-Karp: „Wir erwarten von Rom, dass es das gute Miteinander der deutschen Bischöfe mit der Vertretung der Laien nicht unterminiert, sondern wertschätzt und als Ressource wahrnimmt“, sagte sie. „Die katholische Kirche in Deutschland hat keine zweite Chance, wenn sie jetzt den Synodalen Weg stoppt.“

Der Münsteraner Kirchenrechts-Professor Thomas Schüller ist selbst Mitglied im Synodalen Ausschuss. „Rom hat Angst vor etwas, was überhaupt keine rechtliche Verbindlichkeit hat, das ist schon bemerkenswert“, sagte er der *Süddeutschen Zeitung*. „Aber auch ohne Rechtsverbindlichkeit kann ein guter Gedanke wie ein Lauffeuer durch die Welt gehen. Das ist es, wovor Rom wirklich Angst hat.“

Der Reformprozess sei theologisch gut unterfüttert, Rom könne dem nichts entgegensetzen. „Am Ende des Synodalen Ausschusses stünde ein Gremium, was die Bischöfe in ihrer Amtsgewalt einhegt, und das wird nun mit reiner Autoritätsgewalt zu Ende gebracht.“ Ohnehin lasse Papst Franziskus Willkür walten, so Schüller: Für das Amazonasgebiet habe er ein Statut genehmigt, bei dem Bischöfe gleichberechtigt stimmberechtigt seien.

Schüller hofft auf ein drittes Konzil, das vielleicht aus der Weltsynode hervorgehen könne: „Das Erste und Zweite Vatikanische Konzil haben den Leitungsprimat des Papstes und der Bischöfe festgelegt, und da kommen wir nun nicht mehr raus“, sagt Thomas Schüller. „Das ist ja kein kirchliches Prinzip, sondern eine Erfindung des 19. Jahrhunderts, und darauf liegt auch kein Segen.“ **Annette Zoch** ➤ *Seite 4*